

**Stellungnahme des Fachschaftsrat des Institut für Sozialwissenschaften:
Zur Rücktrittsankündigung des HU-Präsidenten und zur Rücknahme des studentischen
Statusgruppenvetos**

Berlin, 16.12.2013

In der Sitzung des Akademischen Senats vom 5.12.2013 wurde über die Beschlussvorlage zur Fakultätsreform abgestimmt. Die studentischen Vertreter_innen votierten mit Einlegung eines Gruppenvetos geschlossen gegen die Reform. Daraufhin kündigte der Präsident der Humboldt Universität, Jan-Hendrik Olbertz, seinen Rücktritt an. Die Studierendenvertreter_innen berichten, dass sich daraufhin emotional hoch aufgeladene Szenen abspielten, sie zum Teil angepöbelt und massiv unter Druck gesetzt wurden. Daraufhin entschlossen sich die studentischen Vertreter_innen ihr Veto zurückzuziehen, woraufhin Herr Olbertz von seinem Rücktritt zurücktrat.

In der Vertretung der Fachschaft des ISW äußert sich der Fachschaftsrat besorgt darüber, ob die studentischen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte ausreichend gewahrt sind. Beim Einlegen eines Statusgruppenvetos handelt es sich um ein in der HU-Verfassung verbrieftes Mitbestimmungsrecht, welches bereits eine Woche zuvor von den wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen angewendet wurde. Dieses Instrument kann genutzt werden, um mehr Zeit zur Diskussion strittiger Punkte zu bekommen – und dies war die erklärte Absicht sowohl der studentischen Vertretung als auch der der wissenschaftlichen Mitarbeiter_innen. Regelmäßig folgt daraufhin die Einrichtung eines Vermittlungsausschuss, der im AS eine geänderte Beschlussvorlage einbringt. Letztlich kann ein Statusgruppenveto in einer folgenden Sitzung des AS von einer Mehrheit überstimmt werden.

Für uns ist nicht ersichtlich, warum ein aufschiebendes Veto den Präsidenten zum Rücktritt motivierte. Vielmehr hätte dies doch genutzt werden können um die Bedenken und Anliegen der studentischen Vertretung anzuhören und zu diskutieren.

In einem Interview im Tagesspiegel [1] erklärte Herr Olbertz, es „wäre würdelos gewesen, die Studierenden von Sitzung zu Sitzung langsam in die Knie zu zwingen und die Vorlage einfach mit der Mehrheit durchzustimmen. Ich wollte, dass die Studierenden ihre Freiheit verantwortungsvoll nutzen. Und sie hatten schon viel erreicht.“ Wir betrachten diese Aussage als nachträgliche Verhöhnung der Studierendenvertretung, welche mit legitimen Mitteln ein legitimes Anliegen vertritt. Was an Rücktrittsdrohungen und massiven Drucks seitens der Professor_innen verantwortungsvolle Freiheit bedeuten soll, ist mehr als fraglich. Die Wortwahl von Herrn Olbertz, Studierende „langsam in die Knie“ zu zwingen, zeigt seine anmaßende, herrschaftliche Haltung und wirft die Frage auf, wen das Präsidium dabei eigentlich vertritt. Im Interview mit dem Tagesspiegel weist Herr Olbertz auch daraufhin, dass er "absolut für den Minderheitenschutz und für das aufschiebende Gruppenveto [ist].

Aber wenn es nur zur Verzögerung eingesetzt wird, verliert es seinen guten Sinn." – Dies zeigt erneut die Mißachtung gegenüber den Studierenden, denn es handelt sich keineswegs um eine Minderheit, sondern um die größte Statusgruppe der Universität.

Wir fühlen uns jedenfalls nicht respektiert, geschweige denn angemessen vertreten, sondern massiv angegriffen und in unseren Rechten verletzt. Diese Einstellung lässt nicht viel Gutes erwarten für die zukünftige Respektierung studentischer Interessen und Wahrung studentischer Mitwirkung in Gremien.

Wir kritisieren einerseits Herrn Olbertz Verhalten, andererseits auch den Gegenstand der Verhandlungen, die Fakultätsreform an sich. Aus Sicht der Studierenden ist der Nutzen dieser Reform in vielen Punkten sehr strittig und wenig überzeugend. Wir haben nicht den Eindruck, dass durch das schmückende Label „exzellente Universität“ auch exzellente Lehre gewahrt wird. Vielmehr stellen wir fest, dass Seminare und Hörsäle schon jetzt völlig überfüllt sind. Weiterhin beobachten wir, dass die Lehre über weite Strecken auf einer prekären Basis organisiert ist – mit befristeten und gering entlohnten Lehraufträgen bei hoher Arbeitsbelastung. Im Zuge der Fakultätsreform befürchten wir neben einer Zuspitzung dieser Situation außerdem eine Polarisierung der Verteilung von Geldmitteln zugunsten großer, renommierter Institute und eine sich verschlechternde Situation für kleinere und jüngere Institute und Lehrstühle.

Wir sehen nicht, dass die Fakultätsreform an den benannten kritischen Umständen irgendetwas verändert. Vielmehr entstehen durch die Reform selbst erhebliche Kosten, deren Finanzierung vor allem auch mit Blick auf eine verschuldete HU nach wie vor nicht hinreichend geklärt ist.

Es scheint leider notwendig, extra darauf hinzuweisen, dass die Studierendenvertretung im Akademischen Senat und allen anderen Hochschulgremien respektvoll und auf Augenhöhe mitentscheiden können muss. Dafür müssen transparente Prozesse - z.B. Einsicht in die Protokolle maßgeblicher Arbeitsgruppen - und ausreichend Zeit für Beratungen eine Selbstverständlichkeit sein. Damit ein ordentlicher demokratischer Mitbestimmungsprozess möglich wird, fordern wir das Kuratorium der Humboldt-Universität zu Berlin auf den Beschluss zur Fakultätsreform an den Akademischen Senat zurück zu verweisen.

Der Fachschaftsrat des Institut für Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin.

[1] Tagesspiegel vom 08.12.2013, Humboldt-Uni: Rücktritt vom Rücktritt HU-Präsident Olbertz im Interview: „Ich habe die Reißleine gezogen“ <http://www.tagesspiegel.de/wissen/humboldt-uni-ruecktritt-vom-ruecktritt-hu-praesident-olbertz-im-interview-ich-habe-die-reissleine-gezogen/9188712.html>